

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag von Heidenheim

**2012 Landkreis bleibt weiter auf
Konsolidierungskurs!**

**Jörg Ehrlinger
Fraktionsvorsitzender**

12. Dezember 2011

Es gilt das gesprochene Wort!



**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wenn ich namens meiner SPD-Kreistagsfraktion für unsere Stellungnahme die Überschrift wähle: „Der Landkreis bleibt weiter auf Konsolidierungskurs“, so hat das mehrfache Bedeutung.

Zum einen natürlich im Blick auf die Kreisfinanzen, zum anderen aber auch im Blick auf das, was wir schon im letzten Jahr eingefordert haben: Auf die Konzentration auf die eigentlichen, ihm zugewiesenen und auch überaus wichtigen Aufgaben des Landkreises als Dienstleister für seine Kreisbürger innerhalb der kommunalen Familie.

Der Landkreis hat sein Eigengewicht in dieser Aufgabenerfüllung einzubringen, aber nicht einen Ehrgeiz, thematisch sozusagen Hansdampf in allen Gassen sein zu wollen.

Zu dieser Betrachtung zählt infolgedessen, dass wir alle im Haushaltsentwurf positionierten Haushaltsstellen und deren Aufgabenbereiche kritisch unter die Lupe genommen haben. Unsere Liste mannigfaltiger Auffälligkeiten wollen wir im Detail in den Ausschussberatungen abarbeiten. Dazu dient die heutige Generaldebatte nicht. Sieht man einmal davon ab- und diesen Schlenker gestatten Sie mir- dass der Haushaltstitel Kreisorgane/Landrat mit einer satten Ersparnis von 188.000 Euro wohl nicht mit dem bevorstehenden Landratswechsel zu tun haben muss. Sondern im Wesentlichen wohl mit einer Verlagerung auf andere Haushaltstitel. Und gegen diese freundlichere Optik haben wir natürlich nichts.

Und noch eine Anmerkung: Dass sich die Haushaltsstelle „Innere Verrechnungen“ wiederum durch fast alle Haushaltstitel zieht und gleichsam krakenhaft wesentliche Haushaltsbewegungen-sagen wir einmal...-ausfedert, das trägt natürlich wie immer nicht zur Transparenz bei. Da bleibt nur die immerwährende Hoffnung, dass die Doppik-Diskussion allmählich an Fahrt aufnimmt.

Sound damit noch einmal der Hinweis auf unsere heutige Konzentration auf Schwerpunktthemen. Natürlich für die SPD-Kreistagsfraktion der große, wichtige Bereich des Einzelplans 4/Soziale Sicherung.

Wir wissen, dass der Gesamtaufwand der Sozialen Sicherung weiter wächst und mit 53.8 Mio in 2012 der größte Einzelblock ist. Und die Entspannung durch die erhöhten Bundeszuschüsse für die Grundsicherung im Alter ist dabei willkommen- aber letztlich marginal.

Wir wissen aber auch um die Notwendigkeit aller dieser Anstrengungen im Sinne der Fürsorge und der Vorsorge für die betroffenen Teile unserer Kreisbevölkerung. Es hatte sich ja eine Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung im Sozialbereich“ redlich bemüht, das schwierige und hochsensible Kapitel der Erfolgsbewertung von sozialen Freiwilligkeitsleistungen und des unverzichtbaren Anspruchs auf soziale Pflichtleistungen genauer zu untersuchen. Herausgekommen ist dabei unter anderem die gutachterliche Evaluierung der Schul-Sozialarbeit. Letztlich aber eine Bestätigung. Und dazu gibt es jetzt auch positive Signale aus der Landespolitik. Und da gilt es jetzt für uns, nichts auf die lange Bank zu schieben. Zeitnah benötigen wir

dann ein aktualisiertes Arbeits-und Ausstattungsgerüst für die Schul-Sozialarbeit für den gesamten Landkreis. Einzelwettläufe je nach infrage kommender Schule oder Schulart müssen koordiniert werden mehr denn je. Dazu bietet sich im Verein für Jugendhilfe d e r kompetente Partner an. Und auch die inhaltliche Diskussion muss ja noch nicht am Ende sein. Schulsozialarbeit u n d Schulpädagogik haben hier einen spannenden gemeinsamen Arbeitsauftrag!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie alle erinnern sich an unsere vorbereitenden und beschlussfassenden Diskussionen zum Thema Option oder Arbeitsgemeinschaft im Handlungsbereich Hartz 4 bzw. SGB. Herausgekommen ist die Fortsetzung des erfolgreichen Konstrukts Arbeitsgemeinschaft Landkreis/Arbeitsagentur als Job-Center. Dazu wollen wir uns auch im Nachhinein als richtigen Schritt bekennen. Das in der Grundlagenvereinbarung zugleich beschlossene gemeinsame Konzept einer sozialraumorientierten sprich notwendigerweise vernetzten Arbeitsmarkt-und Sozialpolitik in den Bereichen Jugendhilfe, Sozialhilfe und Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt steht noch immer aus. Versprochen lt. Vorlage vom 29.8.2011 für Ende 2011.

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten des Sozialdezernats im Landratsamt und des Jobcenters sind nicht nur für die jeweiligen oder wechselnden Anspruchsempfänger eine kaum nachvollziehbare Grauzone. Dabei gerät die wachsende Zahl der langfristig nicht vermittelbaren Menschen dabei zusehends in den Status von Sozialpendlern. Und im Gegensatz zu den verbesserten Arbeitsmarktzahlen mehr und mehr zu einer sozialen Herausforderung. Und wenn bundespolitisch neuerdings die Arbeitsmaßnahmen zugunsten von Fortbildungsprogrammen gekürzt oder infrage gestellt werden, ist das eine beunruhigende Perspektive. Dass sich die neue Landesregierung jetzt bemüht, sich in Vorzeigeprojekten indas Thema der nachhaltigen Integration Langzeitarbeitsloser einzubringen ist zumindest ein Lichtblickes m u s s nach unserer Auffassung weiterhin gelten: Wir sollten Arbeit finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit!

Generell wollen wir lobend herausstellen, dass wir alle gemeinsam unseren Teilhabeplan für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung und chronisch psychischer Kranker sehr nachhaltig, sehr sensibel und unterdessen auch erfolgswirksam aufgestellt haben.

Zu einigen Einzelpunkten nur so viel:

Nachdem der Tagesmütterverein uns mit Schreiben vom 1.9.2011 informierte, dass, ich zitiere „die Kreisverwaltung namentlich Herr Däuser“ den Antrag auf Erhöhung des Zuschusses von bisher 75.000 um 50.000 auf 125.000 stellt, stellen w i r nun fest, dass wiederum nur 75.000 tatsächlich eingestellt sind. Wie stehst da mit der Koordination innerhalb der Verwaltung?

Und auch der nochmalige Verweis auf unseren Pflegestützpunkt-Antrag soll nicht fehlender künftige Standort unten in der Stadt ist uns nach wie vor wichtig. Und ein Sprechzeitenangebot in Kreisgemeinden ebenso.

Zur Kreissenienorenarbeit haben wir ja jüngst den Kreissenienorenplan verabschiedet. Dabei sind wir uns einig, dass viele aufgezeigte Handlungsfelder nur in den Kommunen erfüllt und umgesetzt werden können. Aber in Verfolgung dieses Kreisplanes muss schon noch thematisiert werden, in welcher Weise dieser Dialog mit den Gemeinden denn erfolgt. Wir haben für Beratungskosten 25.000 Euro aufgebracht und drum darf da kein Papiertiger daraus werden.

Konkreter Antrag: Für die im Kreissenienorenplan vorgesehene gemeinsam zu erstellende Infobroschüre sind 5.000 Euro einzustellen. Und für die laufende Arbeit des Kreissenienorenrats ein Kostenbeitrag von 2.000 Euro.

Meine Damen und Herren, verehrte Anwesende,

ich komme nun zu einem Thema, besser noch zu sagen zu einem Schwerpunktthema unserer Haushaltsplanstellungnahme, obwohl es im Kreishaushalt offiziell nicht seinen Niederschlag findet. Ich rede vom Thema Energiewende hin zu erneuerbaren Energieträgern.

Es vergeht ja kein Tag, wo nicht auch die lokale Presse voll ist von Berichten zum Thema Windkraft, Photovoltaik usw. usw.

Nun gäbe es einmal die Illusion, so nenne ich es einmal, das wir es schaffen, diesen ganzen Komplex als große Herausforderung in einem regionalen Energiekonzept sozusagen zu bündeln. Danach sieht es bis heute nicht aus. Selbst unsere kleinräumige Region schafft es offenbar nicht, den vielzitierten Anspruch der „Talente und Patente“, hier besser gesagt der „Ideen und Konzepte“ miteinander in regionalen Einklang zu bringen. Im nördlichen Teil der Region präsentiert sich der Ostalbkreis als muntere energiepolitische Eigenwelt, in unserem südlichen Teil des Landkreises Heidenheim verläuft die Diskussion und Entwicklung auf dem Feld der Energiewende nach dem Motto „lasst tausend Blumen blühen, aber jeder in seinem eigenen Garten...!“ Keine koordinierende Hand ist spürbar, keine gemeinsame Linie aller beteiligten Kommunen, Organisationen, Unternehmen oder Verbände ist sichtbar. Dabei gäbe es so unendlich viel, was man im gemeinsamen Austausch von Erkenntnissen, Vorhaben und Erfahrungen voneinander profitieren, was man gegeben falls an Synergien bündeln könnte. Was in Dischingen läuft liest Gerstetten in der Zeitung und umgekehrt. Was man in Heidenheim über die Stadtwerke pionierhaft anpackt liest man in Giengen mit Interesse und was kluge Köpfe in der Industrie auf den Weg bringen erfährt man im Beritt der IHK.

Wir wollen deshalb unter der Schirmherrschaft und Moderation unseres Landtagsabgeordneten Andreas Stoch einen „Runden Tisch Energiewende“ installierender zur Aufarbeitung folgender Themen einlädt:

1. Bestandsaufnahme aller derzeit im Landkreis bestehender Initiativen im Zeichen der Energiewende
2. Erfahrungsaustausch über die Effizienz bereits in Gang gesetzter Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien

3. Austausch angedachter oder bestehender Planungsvorhaben und 4. (ganz wichtig!) Erörterung von Verbundmöglichkeiten zur Erzielung von Synergieeffekten.

Wenn dieser „Runde Tisch“ das Startsignal für ein weiteres koordiniertes Vorgehen geben würde, hätte er schon eine wichtige Funktion erfüllt- die es seither leider noch nicht gibt!

Als Teilnehmer denken wir an die Repräsentanten aus dem bereits einschlägig aktiven Kommunalbereich und der Stadtwerke, der IHK, des Landkreises und der Regionalverbandsgeschäftsführung und der Umweltverbände. In der Schirmherrschaft und Moderation des Parlamentarischen Geschäftsführers einer in Mitverantwortung stehenden Landtagsfraktion sehen wir dabei die Chance, dass unsere kreisbezogenen Vorhaben unmittelbar an zu erwartende Initiativen der Landesregierung andockt werden können.

Und- das ist uns besonders wichtig- im Landkreis Heidenheim wird der Stellenwert des Themas Energiewende endlich auf selber Augenhöhe positioniert wie beispielhaft im Ostalbkreis schon geschehen. O h n e das wir dabei neue Zuständigkeiten im Bereich der Landkreisverwaltung ansiedeln.

Meine Damen und Herren,

ich schlage nun den weiten Bogen zum Vermögenshaushalt.

Durch die verbesserte Zuführung vom Verwaltungshaushalt zeigt dieser seit längerem sein Gesicht wieder in der richtigen Richtung. Schwerpunkt ist auch für uns die Inangriffnahme des Immobilienkonzepts Zentrales Landratsamt .In seiner funktionalen Ausprägung von uns bejaht und unterstützt. Übrigens auch m i t der bisher optional geplanten Haupteingangslösung.

Erfreulich ist auch die fortführende Investitionsbereitschaft für die Schulen des Landkreises. Ich weiß, es gibt hier trotz zurückliegender Millionen-Investitionen einen Bedarf, der nur schrittweise befriedigt werden kann. Aber ich denke es gibt auch einen Bedarf im Informationsbereich. Deshalb beantrage ich, dass der Geschäftsführende Schulleiter Herr Ramsayer in einem Reporting vor dem Gesamtgremium Kreistag die Gelegenheit erhält und wahrnimmt, seine Vorstellungen einzubringen.

Beim Thema Kreisstraßen müssen wir erneut Wasser in den Wein schütten. Die Haushaltsposition K 3035 Heidenheim-Kreuzung Zang mit 410.000 Euro Aufwand beantragen wir zur Streichung. Für uns n a c h wie v o r kein Dringlichkeitsprojekt.

Meine Damen und Herren,

ich komme zur Kernaussage jeder Haushaltsrede, zum Thema Kreisumlage.

Der Kämmerer hat uns im Ältestenrat am 10. Oktober wissen lassen, er bräuchte im optimalen Fall eine Erhöhung um 2.93 Punkte. Und zwar durch Wiederaufnahme der Tilgungsaussetzung mit 725.000 Euro und durch weiteren zusätzlichen Vermögenserwerb von 1,1 Millionen. Beantragt hat er jetzt eine Erhöhung um 2.36

Punkte in die er eine weitere Tilgungsnachholung von 400000 einrechnet und Zuführung zum beweglichen AV des Vermögenshaushaltes von rd. 1 Mio.

Und nun unsere Rechnung: Zwischen den 37.36 Punkten des Verwaltungsantrages und einer Erhöhung beispielsweise nur um 1,5 Punkte klafft eine Differenzlücke von 1.1 Millionen. Machen wir also bei den Tilgungsaussetzungen einen Zwischenstopp und bleiben bei den ursprünglichen 725.000- man muss ja nicht gleich den ganzen Schluck aus der Pulle nehmen- und reduzieren wir die erstmals wieder die im Haushalt vom Verwaltungs-zum Vermögenshaushalt vorgesehene Transaktion des beweglichen Vermögenserwerbs oder Zuwachses von 958.000 auf 658.000. Mit einer Reduzierung der zusätzlichen Zuführung zum Vermögenshaushalt Kreisstraßen in Sachen K 3035 von 500.000 auf 100.000 sind wir bei der nachzuweisenden Differenz von 1.1 Mio. wieder angelangt. Unser Votum lautet deshalb klipp und klar: 36.5 Punkte sprich 1.5 Punkte Anpassung der Kreisumlage.

Dieser Kreishaushalt ist nach unserer Einschätzung so gestrikt, dass selbst bei dieser reduzierten Erhöhung noch manche Kommune deutlich betroffen ist und zu knapsen hat!

Ein Wort noch zum Thema Globale Minderausgabe. Ich bekenne- dies war auch für meine SPD-Fraktion in vielen vergangenen Haushaltsjahren eine gern eingesetzte Größenordnung. Wir haben da auch im Prinzip keine Vorbehalte. Für spannender halten wir aber heuer unseren vorgenannten Vorschlag, die Finanzausgleiche an konkreten Haushaltstiteln festzumachen. Und im Übrigen gestatten Sie mir eine etwas sybillinische Vorschau- auch ein zu erhoffender Rechnungsabschluss für 2012 wäre ja nichts anderes als das Ergebnis einer Globalen Minderausgabe...!

Ich komme zum Wirtschaftsplan des Kreisabfallwirtschaftsbetriebes. Hier hat sich ja auch unter der neuen kompetenten Betriebsleitung der positive Trend fortgesetzt. Und je besser es läuft, desto weniger muss man sagen. Aber so viel allemal: Die Zahlen geben es her, dass man über Geleistetes positiv redet. So darüber, dass die Grüngutabfuhr von 3 auf 4 x jährlich erhöht werden konnte. Und dass die Erweiterung von Wertstoffzentren ebenfalls voranschreitet. Hier wünschen wir uns eine noch engere Knüpfung dieses kreisweiten Netzes mehr Wertstoffzentren und je kürzer für den Bürger die Wege desto besser seine Akzeptanz!

Wenn die günstige Kostenentwicklung bei TAD so anhält dürfen wir uns vorausschauend schon mal eine weitere Gebührensenkung in zwei Jahren auf die Zielagenda schreiben! Vorausgesetzt allerdings, ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes verhagelt uns nicht die Suppe, aus der private Anbieter sich dann die besseren Stücke herausfischen können.

Summa summarum: Diesem Wirtschaftsplan des Kreisabfallwirtschaftsbetriebes für 2012 stimmt die SPD-Kreistagsfraktion zu.

Und nun noch abschließend eine persönliche Anmerkung:

Dies ist die letzte Haushaltsplan-Stellungnahme unter Ihrer Ägide Herr Landrat.
Deshalb sei es unserer Fraktion gestattet, zum Schluss ein persönliches Wort an Ihre
Adresse zu sagen.

Und dieses Wort heißt:

R e s p e k t H e r m a n n M a d e r !